SPD BÜRGERSCHAFTSFRAKTION LAND BREMEN

PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 9. DEZEMBER 2021

BÜRGERSCHAFT DEBATTIERT AKTUELLE CORONA-LAGE

Die Bürgerschaft hat heute nach einer Regierungserklärung von Bürgermeister Andreas Bovenschulte über die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie debattiert. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör, lobte dabei die bundesweit gültigen Beschlüsse nach der Ministerpräsident:innenkonferenz (MPK). Und er nutzte die Gelegenheit, noch einmal eindrücklich für eine Impfung zu werben sowie die Forderung nach einer allgemeinen Impfpflicht zu wiederholen.

„Wir haben hier in Bremen gerade auch in der Pandemie immer Wert darauf gelegt, die Menschen beieinander zu halten, den Zusammenhalt zu pflegen, niemanden gegeneinander auszuspielen“, sagte Güngör in seiner Rede und fügte an: „Dabei darf man es sich nicht zu einfach machen, dazu ist die Lage zu differenziert. Aber eben niemand darf es sich zu einfach machen, wenn wir endlich dem Licht am Ende des Corona-Tunnels entgegengehen wollen – und zwar auf dem nach wie vor entscheidenden Königsweg: dem Impfen! Ich muss ganz ehrlich sagen: Mein Verständnis für diejenigen, die sich impfen lassen können und sich nicht impfen lassen wollen – außer aus gesundheitlichen Gründen – ist erschöpft, allerspätestens seit dem Auftreten der Omikron-Variante. Denn es gilt einfach: Wer sich impft, schützt sich – und eben alle anderen! Alle Zahlen rund um das Infektionsgeschehen und um Krankheitsverläufe sprechen hier eine eindeutige Sprache. Das lässt sich nicht relativieren, ignorieren oder wegreden.“

Die MPK habe vor einer Woche einen „Akt der nationalen Solidarität“ beschlossen, so Güngör weiter. Und diese Wortwahl sei genau die richtige. „Einer der Grundwerte der Sozialdemokratie ist ja die Solidarität; manche fanden diese zwischenzeitlich schon ein wenig altmodisch. Aber hier zeigt sich doch wieder, wie wichtig sie ist, die Solidarität – gerade, wenn es ans Eingemachte geht. Ja, es geht bei Solidarität grundsätzlich immer um die Solidarität der Mehrheit mit der Minderheit. Jetzt aber geht es konkret um die Solidarität der Minderheit mit der Mehrheit – denn das Virus macht keinen Halt vor Gruppengrenzen. Und Solidarität ist keine Einbahnstraße!“, so Güngör. „Und deshalb ist es richtig, dass wir den Fokus nun darauf legen, für die Geimpften größtmögliche Freiheiten zu erhalten – auch Freiheit ist ein Grundwert der Sozialdemokratie – und dass diejenigen mit hohem Infektionsrisiko, weil sie nicht geimpft sind, eben nun Einschränkungen zu tragen haben. Das ist übrigens auch eine Frage der Gerechtigkeit, um noch den dritten Grundwert der SPD anzumerken!“

Güngör bekannte sich daher deutlich zu den von der MPK beschlossenen Kontaktbeschränkungen für Ungeimpfte mit Ausnahme von Kindern. Er unterstützte die 2G-Regelungen in Geschäften sowie bei Kultur- und Freizeitveranstaltungen und lobte den Senat dafür, dass er hier schnell eine praktikable Lösung umgesetzt habe, sowie Bürgermeister Bovenschulte für seine frühen Klarstellungen zu eventuellen 2G+-Regeln, durch die ein Wirrwarr wie in anderen Bundesländern vermieden werden konnte. Bedenken äußerte der Sozialdemokrat aber bei der von MPK beschlossenen Maskenpflicht für alle Schulstufen auch im Unterricht. „Ich habe erhebliche Zweifel, ob diese Maskenpflicht in den Grundschulen erstens für die Kinder verträglich und handhabbar und damit zweitens auch wirksam ist“, sagte er, betonte aber, Bremen werde sich selbstverständlich an die bundesweit geltenden Beschlüsse halten.

Denn die epidemiologische Entwicklung sei so dramatisch, dass das bislang vorhandene Besteck nicht mehr ausgereicht habe. Es sei leider nötig geworden, auch die Freiheit der Geimpften ein Stückweit einzuschränken, um die vierte Welle hoffentlich bald

Foto: Bremische Bürgerschaft

zu brechen. „Das sind Maßnahmen, die weh tun – das ist uns bewusst. Und wir werden uns selbstverständlich mit aller Kraft um Überbrückungshilfen bemühen“, betonte Güngör. „Doch die aktuelle Entwicklung in ganz Deutschland zeigt eben, dass die bundesweite Impfquote noch nicht ausreicht, um die Pandemie dauerhaft einzudämmen.“

Deswegen sei es erfreulich, dass Bremen bei den Beschlüssen der MPK zur Impfstrategie offensichtlich als Vorbild dienen konnte und Überlegungen aus Bremen aufgegriffen worden seien. So sei es richtig, dass künftig auch Apotheker und Zahnärzte gegen das Coronavirus impfen dürften, denn flexible dezentrale Impfangebote in den Quartieren seien in Bremen maßgeblich für die hohe Impfquote. Es sei richtig, dass alle, die bis Weihnachten fristgerecht geboostert werden wollen oder sich doch noch grundsätzlich für eine Impfung entscheiden, diesen Piks bekommen sollen. Und es sei richtig, dass die einrichtungsbezogene Impfpflicht zeitnah auf den Weg gebracht werde und eine allgemeine Impfpflicht auf Bundesebene nun Gestalt annehme, um einer möglichen fünften Welle frühzeitig entgegenzutreten. „Wir müssen endlich diesen Teufelskreis durchbrechen, der zu immer neuen Wellen führt“, sagte Güngör. „All den Verschwörungstheoretikern und sogenannten Querdenkern sei an dieser Stelle noch einmal gesagt: Hört auf, den Menschen Angst vor dem Impfen zu machen! Diese Impfpräparate haben zig Millionen Menschen auf der Welt vor Krankheit und Tod beschützt. Sie sind Schutz – und keine Gefahr!“

Güngör abschließend: „Ich möchte mich auch heute bei all denjenigen bedanken, die erneut besonders gefordert sind: in den Krankenhäusern, in den Praxen, in den Impfstellen – quer durch alle Berufsbereiche in unserem Gesundheitswesen. Ähnliches gilt für den Bildungsbereich. Bereits bei unserer letzten Aussprache zum Thema habe ich gesagt: ‚Systemrelevanz bedeutet heute etwas anderes als noch in der Finanzkrise vor über zehn Jahren.‘ Das kann ich nur nochmals unterstreichen. Ich bedanke mich aber auch bei allen, die sich in dieser schweren Zeit nicht unterkriegen lassen und mit viel Kreativität, Mut und Stärke durchhalten und zusammenhalten: bei Eltern und Ehrenamtlichen, bei den Jüngeren und den Älteren, bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Ohne sie ginge es gesellschaftlich und wirtschaftlich nicht weiter.“

ANTRAG

BREMEN SETZT ZEICHEN GEGEN QUEER- UND TRANSFEINDLICHKEIT

Die Bürgerschaft hat Bremen heute zum Freiheitsraum für LGBTQIA+ erklärt. Das Parlament beschloss einen entsprechenden Antrag, den die rot-grün-rote Koalition auf Initiative der SPD-Fraktion eingebracht hatte. Damit schließt sich das Land einer Initiative des EU-Parlamentes an – und reagiert auf homo-, queer-, und transphobe Entwicklungen in einigen europäischen Ländern.

„Ob Homophobie, Queerphobie, Transphobie: Es ist ein schleichendes und gefährliches Gift, das zunehmend salonfähig wird und sich in etlichen Staaten – nicht nur in der EU – teilweise ungehemmt ausbreitet. Oft unsichtbar, aber zunehmend präsent“, sagte Antje Grotheer, Sprecherin für Queer und für Europa in der SPD-Fraktion, heute in ihrer Rede. Zwar erlebten die meisten Menschen in Deutschland diese Denk- und Verhaltensmuster nicht als Betroffene. „Dennoch ist dies ein Problem, das uns alle angeht!“

Das europäische Parlament verfolge diese Entwicklung mit großer Sorge und habe vor dem Hintergrund der zunehmenden gesellschaftlichen Ausgrenzung und staatlichen und kirchlichen Verfolgung queerer Menschen – zunächst in Polen und mittlerweile auch in Ungarn – ein deutliches Zeichen gesetzt: Es forderte den Europäischen Ausschuss der Regionen auf, im Rahmen seiner Zuständigkeit Maßnahmen zu prüfen, um auf die sogenannten LGBTQ-freien Zonen in Polen zu reagieren.

Antje Grotheer

Das EU-Parlament habe die EU damit zu einem „Freiheitstraum“ für LGBTQIA+-Menschen erklärt. Und die Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, habe darauf auf Twitter mit deutlichen Worten reagiert, die Grotheer begrüßte und zitierte: „Du selbst zu sein ist keine Ideologie. Es ist deine Identität. Das kann niemand je verbieten oder wegnehmen.“

Die EU-Abgeordneten reagierten ihrerseits auch noch einmal deutlich und forderten die Kommission auf, alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um die Sicherung der Grundrechte in der gesamten EU sicherzustellen – zu diesen Instrumenten gehören für sie auch Vertragsverletzungsverfahren, die Streichung von EU-Mitteln und Strafverfahren nach Artikel 7 der EU-Verträge. Dies habe – gerade in Polen – erste Ergebnisse gezeigt, dies ändere aber nichts am weiter wachsenden gesellschaftlichen Druck, dem queere Menschen dort, aber auch in Ungarn, Slowenien und Tschechien ausgesetzt seien, betonte die Sozialdemokratin.

Etliche Städte und Gemeinden hätten darauf mittlerweile reagiert und sich zum Freiheitsraum für queere Menschen erklärt. Das Land Bremen schließe sich mit dem heutigen Beschluss nun dieser Bewegung an. Grotheer: „Mit unserem Antrag wollen nun auch wir ein Zeichen setzen. Bremen und Bremerhaven sind liberal, weltoffen, solidarisch. Wir sind und bleiben bunt und akzeptieren und respektieren unterschiedliche Lebensweisen.“

FRAGESTUNDE ONLINE-MELDEPROGRAMM GEGEN STEUERHINTERZIEHER?

Um Steuerbetrug besser bekämpfen zu können, führte Baden-Württemberg im September ein Online-Kontaktportal für Steuerbetrugshinweise ein, um einfacher anonyme Hinweise erhalten und ihnen nachgehen zu können. Das hat sich der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk, zum Anlass genommen, beim Senat nachzufragen, wie dieser ein solches anonymes Meldeportal bewertet, welche Möglichkeiten in Bremen bestehen, um Hinweise auf Steuerbetrug mitzuteilen, und wie der Senat die Einführung eines solchen onlinebasierten Kontaktportals in Bremen bewertet.

Arno Gottschalk

Grundsätzlich bestehe in Bremen die Möglichkeit, bei Verdacht auf Steuerbetrug die Strafverfolgungsbehörden und alle Finanzämter formlos zu informieren, berichtete die Staatsrätin für Finanzen, Silke Krebs, während der Fragestunde der heutigen Landtagssitzung. So sei es möglich, der Steuerbehörde beispielsweise per E-Mail anonyme und namentliche Hinweise zu liefern. Darüber hinaus biete die Steuerfahndung ein Bereitschaftstelefon. Auch könne man eine entsprechende Anzeige persönlich oder per Brief erstatten. Die entsprechenden Kontaktmöglichkeiten seien auf der Internetseite des Senators für Finanzen zu finden.

Diese Möglichkeiten der anonymen Anzeigeerstattung hätten allerdings den Nachteil, dass auf diesem Wege keinerlei Rückfragen seitens der Ermittlungsbehörden möglich seien. Krebs führte weiter aus: „Das Kontaktportal in Baden-Württemberg hat den Vorteil, dass es der anzeigeerstattenden Person möglich ist, über ein Postfach auch nach Abgabe der Anzeige mit der Steuerfahndungsstelle weiterhin anonym zu kommunizieren.“ Man erhoffe sich hierdurch und durch die Einführung von vorgegebenen Pflichtfeldern „eine Steigerung der Qualität anonymer Anzeigen“. Es solle deshalb nach einem Jahr geprüft werden, ob dieses Verfahren zu einer Verbesserung der anonymen Anzeigen geführt habe und ob ein solches Portal auch in Bremen zu mehr Steuergerechtigkeit führen könne, erklärte die Staatsrätin abschließend und versicherte auf Nachfrage des Abgeordneten Gottschalk, zu gegebener Zeit entsprechend im Haushalts- und Finanzausschuss zu berichten.

GESETZ WICHTIGE UNTERSTÜTZUNG FÜR DEN MITTELSTAND

Der Mittelstand ist ein wichtiger Motor der Wirtschaft, in Bremen und Bremerhaven sowie auf Bundesebene. Um den Mittelstand – also kleinste, kleine und mittlere Unternehmen – im Land Bremen effektiver fördern zu können, hat die Bürgerschaft heute einer Gesetzesänderung zugestimmt, die das Mittelstandsförderungsgesetz entfristet und modernisiert.

Volker Stahmann

„Die Änderung des Gesetzes ist gut für den Mittelstand“, kommentierte Volker Stahmann, Sprecher der SPD-Fraktion für Wirtschaft, die Änderung am Rande der Bürgerschaft. „Es setzt einen wirtschaftspolitischen Rahmen für kleine und mittelständische Unternehmen. Durch die heute beschlossenen Änderungen wird diese Art der Unterstützung für diese kleinen, kleinsten und mittleren Unternehmen auf Dauer festgeschrieben – die Befristung des Gesetzes ist aufgehoben, was Verlässlichkeit für den Mittelstand bedeutet“. Außerdem stelle es in vielen Bereiche eine Einbindung und Mitbeteiligung für die Unternehmen sicher, was ebenfalls begrüßenswert sei, so Stahmann. „Der Anspruch der SPD ist eine aktive Wirtschaftspolitik für den Mittelstand“, ergänzte der Sozialdemokrat. „Das Gesetz reagiert und bindet die Gewinnung von Fachkräften in den Förderrahmen ein, was angesichts des weitreichenden Fachkräftemangels nur sinnvoll ist“.

FRAGESTUNDE TEILNAHME AM SPORT FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG?

In Zeiten der hohen Inzidenzen und Kontaktbeschränkungen durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie fielen und fallen viele Sportangebote aus. Individualsport war und ist freilich noch möglich, doch Sport im Verein oder anderen Gruppen musste ausfallen. Dies kann insbesondere für Menschen mit Behinderungen von Nachteil sein. Die sportpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Eva Quante-Brandt, hat sich deshalb beim Senat nach Sportangeboten für Menschen mit Behinderungen unter Berücksichtigung der aktuellen Situation erkundigt – findet in den Einrichtungen wieder ein umfassendes Sportangebot statt? Gibt es Bedenken hinsichtlich der Coronapandemie wegen der Sportangebote? Und was tut der Senat, um sicherzustellen, dass auch Menschen mit Beeinträchtigung in dieser Situation ein Angebot zur sportlichen Betätigung und zur Bewegung erhalten?

„Grundsätzlich ist es nicht Aufgabe der Eingliederungshilfe, umfassende Sportangebote in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung anzubieten“, berichtete Senatorin Anja Stahmann in der heutigen Fragestunde. „Im Rahmen von Freizeitangeboten und begleitenden Maßnahmen werden allerdings Bewegungsaktivitäten in Anspruch genommen. Im Sinne der Inklusion nutzen in der Regel Menschen mit Behinderungen auch Sportangebote in Sportvereinen, Fitnessstudios sowie sonstige Sportkurse“. Die Möglichkeit zur Ausübung des Sports sei in den vergangenen Monaten allerdings sehr eingeschränkt gewesen – noch in höherem Maße gelte dies auch für Menschen mit Behinderung. „Das Angebot stand zwischenzeitlich grundsätzlich wieder wie auf dem Vor-Corona-Niveau zur Verfügung, in der aktuellen Situation gibt es allerdings Einschränkungen für nicht Geimpfte, analog zum Angebot für alle Sporttreibenden“, so Stahmann.

Eva Quante-Brandt

Dass die vorhandenen Angebote im Bereich des organisierten Sports sichergestellt seien, befürworte der Senat – er habe die Regelungen der Coronaverordnungen zudem stets so verfasst, dass das Sporttreiben, insbesondere der Rehasport so weit wie unter den gegebenen Umständen verantwortbar weiter möglich blieb. „Eine große Herausforderung bleibt die Zahl der Übungsleiterinnen und Übungsleiter“, ergänzte die Senatorin für Sport. Aus diesem Grund seien in den Haushaltsplanungen 2022 und 2023 zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausbildung von Übungsleiterinnen und Übungsleitern vorgesehen. „Für Einrichtungen der Eingliederungshilfe wird die Angebotsstruktur unter Berücksichtigung der coronabedingten Hygienevorgaben aufrechterhalten“, berichtete die Senatorin abschließend. „Dafür wurden mit den Einrichtungen Vereinbarungen zur Digitalisierung von Angeboten abgeschlossen. Der Ausbau digitaler Medien sowie der Medienkompetenz ist bei der weiteren Angebotsplanung mitzudenken“.

Auf Nachfrage machte die Senatorin deutlich, warum es nicht Aufgabe der Eingliederungshilfe sei, Sportangebote zu machen – so würden Freizeitangebote über den jeweiligen Träger organisiert. Manche Einrichtungen beispielsweise hätten Kontakte zu Vereinen, über die eventuelle Partnerschaften organisiert würden. „In der Eingliederungshilfe selbst ist kein Posten zur Finanzierung von Sport vorgesehen, die Abrechnung erfolgt auf anderem Wege“, so Stahmann.

Auch auf die zurückgehenden Mitgliedszahlen ging die SPD-Abgeordnete Quante-Brandt in einer weiteren Nachfrage ein: Wie reagiere der Senat darauf, dass die Zahlen bei Mitgliedschaften im Behindertensport um nahezu 17 Prozent eingebrochen seien, während sie bei anderen Formen des organisierten Sports lediglich um drei Prozent gesunken seien? „Der Senat steht an der Seite des organisierten Sports“, versicherte die Senatorin, und berichtete über geplante Werbemaßnahmen sowohl für die Vereine selbst als auch mit dem Ziel, neue Übungsleiter:innen anzuwerben und auszubilden. „Die Vereine“, so Stahmann abschließend, „sollen gut aus der Krise kommen“.

Impressum:
SPD-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen Wachtstraße 27/29 28195 Bremen **T.** 0421.336770 / **F.** 0421.321120 **spd-fraktion@spd-bremen.de** **V.i.S.d.P.:** Andreas Reißig **Redaktion:** Matthias Lüdecke, Phillip Wauter